

Ein Video zeigt Kinder, die gequält werden - die Stadt weiß davon und ... unternimmt ...was genau?

Es war der Privatsender RTL, der gestern in der Sendung „Punkt 12“ eine Lawine losgetreten hat. In einem Beitrag berichtete der Sender über die offensichtliche Misshandlung zweier Kinder durch ihre Mutter. Eine weitere Person filmt die körperliche und physische Quälerei, die in der beschaulichen Stadt Kempen am Niederrhein stattfand.

Auf welchem Weg genau RTL das Video bekommen hat, wissen wir nicht, wohl aber dass weitere Personen das Jugendamt der Stadt über die erschütternden Vorgänge informiert haben sollen. Weil vom Rathaus keine erkennbare Reaktion erfolgt sei und die Kinder - insgesamt sind es drei - in der Familie verblieben, hätten sich Dritte an RTL gewandt - und die Kollegen wurden aktiv, marschierten direkt ins Rathaus.

Die Lokalausgabe der *Westdeutschen Zeitung* (WZ) hat heute das skandalöse Lavieren der Behörden heute dokumentiert. Den ganzen Artikel lesen Sie [hier](#).

Neben den widerwärtigen Szenen auf den Filmaufnahmen ist noch ein anderer Aspekt wichtig: Die Behörden räumen gegenüber den Journalisten ein, dass man die Videoaufnahmen bereits am 7. Dezember vergangenen Jahres zur Kenntnis bekommen habe. Doch erst am 26. Januar wurden die Kinder behördlich aus der „Familie“ genommen. Was also ist dazwischen passiert, oder anders gefragt: Warum wurde nicht sofort und konsequent gehandelt? Nicht einmal klar ist bis jetzt, ob sich inzwischen *alle* drei Kinder in staatlicher Obhut befinden.

So zitiert die WZ die Jugendamtsleiterin Andrea Terschüren lakonisch:

„Angesichts der Darstellungen in der Filmsequenz wurde die damit zugegangene Information im Zusammenwirken mehrerer Fachkräfte als Kindeswohlgefährdung (KWG) im Sinne des §8a Sozialgesetzbuch, Achtes Buch (SGB VIII) - Schutzauftrag bei Kindeswohlgefährdung - gewertet. Die Verfahrensschritte im Umgang mit einer solchen Meldung sind im SGB VIII eindeutig geregelt. Das Vorgehen ist insoweit standardisiert und wird in allen Fällen von so genannten KWG-Meldungen angewandt.“

Ja, alles ist geregelt in Deutschland, darauf sind manche ja besonders stolz. Aber: Wenn das Amt am 7. Dezember von psychischer und körperlicher Gewalt gegen Kinder in einem Haushalt Kenntnis bekommt, warum wurde nicht sofort reagiert?

Es deutet alles darauf hin, dass sich die Stadt nicht allzu engagiert darum bemüht hat, die Qual der Kinder zu beenden. Der Verweis auf Gefährdungseinschätzung, Kontaktaufnahme, Anbieten von Hilfe und so weiter ist nichts anderes als ein Ausdruck von Hilflosigkeit und behördlichem Versagen. Anscheinend bewegte man sich erst richtig, als der Vorfall an die Öffentlichkeit zu dringen drohte.

Und im letzten Satz des Artikels wird dem skandalösen Verhalten des Kempener Jugendamtes noch die

Krone aufgesetzt:

„Andrea Terschüren dazu: „Um eine Traumatisierung der Kinder zu verhindern, wäre es aus Jugendhilfefachlicher Sicht wünschenswert, den bislang üblichen Umgang mit der Familie möglichst beizubehalten.“

Den üblichen Umgang mit der Familie beizubehalten...ob das im Interesse der Kinder wäre, darf wohl bezweifelt werden.

Fälle wie diese kommen häufig vor, jeden Tag irgendwo in Deutschland. Dienst nach Vorschrift, Tarifvertrag mit festen Pausenregeln, keinerlei Empathie für Menschen in Not, nicht einmal, wenn es sich um Kinder handelt. Ich bin gespannt, wie dieser Fall weitergeht, vor allem, welche Konsequenzen daraus gezogen werden. Ein runder Labertisch reicht nicht aus - wenn die Öffentlichkeit bei solchem Amtsversagen nicht genau hinschaut, bei was dann? Wir bleiben dran - verlassen Sie sich darauf!

Unabhängiger und seriöser Journalismus ist nicht für lau zu haben. Helfen Sie mit, die Dinge klar zu benennen. Bitte unterstützen Sie unsere Arbeit auf diesem Blog mit Ihrer Spende über PAYPAL [hier](#) oder durch eine Überweisung auf unser Konto bei der Sparkasse Krefeld DE40 3205 0000 0000 2711 22 !

Darf man solche Leute Menschenmüll nennen? Ich denke ja...

Beim Schlag gegen eine große Kinderpornografie-Plattform im sogenannten „Darknet“ haben die Ermittler in den vergangenen Tagen 14 Verdächtige festgenommen. Zwölf von ihnen wird sexueller Missbrauch von Kindern vorgeworfen.

Sieben Männer sitzen jetzt in Untersuchungshaft, darunter zwei Österreicher (28 und 40). Die Plattform «Elysium» war international ausgerichtet und verfügte über Chatbereiche in deutscher, englischer, französischer, spanischer und italienischer Sprache. Haupttäter ist ein 39-Jähriger aus dem Kreis Limburg-Weilburg in Hessen - er war Administrator der Plattform. Ein 61-Jähriger aus dem Kreis Landsberg am Lech in Bayern soll als Grafiker für das Erscheinungsbild der Plattform verantwortlich gewesen sein.

Nun zum Wichtigen: Die Opfer im Alter von fünf und sieben Jahren sollen die Kinder des 28 Jahre alten österreichischen Beschuldigten sein. Ein 41-Jähriger aus Berlin und ein 40-Jähriger aus Dresden sitzen ebenfalls in U-Haft, gegen sie und andere der mehr als 87.000 Mitglieder der Plattform wird im In- und Ausland ermittelt.

Und nun komme ich zu einer Frage, die mich schon seit langem beschäftigt. In irgendeinem Beitrag vor Jahren habe ich solche menschenverachtenden Täter mal flapsig als „Menschenmüll“ bezeichnet. Darauf bekam ich geharnischte Beschimpfungen, dass man keinen Menschen so bezeichnen dürfe, schon gar nicht wenn man selbst Christ ist. Das habe ich mir zu Herzen genommen und den Begriff bis heute nicht mehr verwendet. Und nun lese ich, was da auf dieser Internet-Plattform geschehen ist. 87.000 Menschen (Männer) waren dort registriert, um – einziger Zweck – sich daran aufzugeilen, wie kleine, schutzlose Kinder vergewaltigt und gequält werden. 87.000! Was sind das für Kreaturen, was hat sie zu dem gemacht, was sie sind: kaltherzige, empathielose Monster, von denen viele zweifellos selbst Kinder zu Hause haben.

Ja, diese Leute sind widerwärtig, ich denke, man darf sie Menschenmüll nennen.

Dieses Thema darf nicht einfach so wieder verschwinden

Im Berliner Landesverband der Grünen, der Alternativen Liste, hat es in den 80er und 90er Jahren eine große Zahl von Fällen sexuellen Missbrauchs an Kindern gegeben. Das sage nicht ich, sondern das dokumentiert ein Bericht, der im Auftrag der Partei erstellt und in dieser Woche veröffentlicht wurde. Das Entsetzen bei der Alternativen Liste ist groß. Landeschefin Bettina Jarasch entschuldigte sich bei den Opfern von einst und sagte: „Wir schämen uns für das institutionelle Versagen unserer Partei.“ Die Alternative Liste in Berlin habe jahrelang mindestens zwei strafrechtlich verurteilte Pädosexuelle in ihren Reihen geduldet. Zwei? Inzwischen sind weitere Details bekanntgeworden über das Millieu, in dem sich die Missbrauchsfälle ungestört entwickeln konnten. Über das Kinderladensystem, besonders eine Einrichtung in Kreuzberg wird immer wieder genannt, über die sogenannten „Stadtindianer“, die regelmäßig grüne Parteitage chaotisierten und Ausreißer beherbergten, die u. a. straffreien Sex für Minderjährige mit Erwachsenen forderten, so lange es „einvernehmlich“ geschehe. Sozialarbeiter und Erzieherinnen schauten weg oder – wenn sie doch einmal wagten, ihre Vorgesetzten zu informieren – wurden abgebügelt. Oberstes Gebot in der Szene, so erzählte in dieser Woche eine, sei gewesen, „auf keinen Fall mit den Bullen zusammenzuarbeiten“. Das Wohl der Kinder stand hinten an.

Wie viele Opfer es insgesamt waren, ist nicht offiziell bekannt. Thomas Birk, Mitglied des Berliner Abgeordnetenhauses, sprach im März von „bis zu 1000 Opfern“ sexueller Gewalt. Am Mittwoch relativierte er, diese Zahl sei „rein spekulativ“. Aber er sagte auch: „Die Schwulen-AG unserer Partei war bis 1993 mehr oder minder ein Päd-Bereich.“ Das sind Worte, die man erstmal sacken lassen muss. Der aktuelle Bericht kommt für die grüne Bundespartei vermutlich ungelegen, denn im November 2014 hatte sie schon einen Bericht des Parteienforschers Franz Walter vorgestellt, in dem eingeräumt wurde, dass es in den Gründerjahren der Öko-Partei politische Beschlüsse gegeben hatte, die von Pädophilen initiiert

wurden. Unvergessen sind in diesem Zusammenhang auch Zitate von bekannten Politikern der Partei wie Daniel Cohn-Bendit, die er nach öffentlichen Vorwürfen als „Provokation“ und „große Dummheit“ darstellte. Er habe niemals Kinder missbraucht, verteidigte sich Cohn-Bendit, eine Aussage, die sowohl von Eltern als auch von einst von ihm betreuten Kindern öffentlich bestätigt wurde.

Was heute auffällt, ist, wie zurückhaltend die meisten der meinungsführenden Medien in Deutschland die aktuell bekanntgewordenen Vorgänge behandeln. Der Berliner „Tagesspiegel“ ist die große positive Ausnahme. Das Blatt berichtet umfangreich und journalistisch top, so, wie es diesem Skandal angemessen ist. Und das ist auch der Grund, warum ich heute über dieses Thema schreibe. Der Missbrauch von Kindern im nahen Umfeld der Berliner Grün-Alternativen darf jetzt nicht innerhalb von zwei Tagen zu einer Nebensächlichkeit auf den hinteren Seiten der Gazetten rutschen, um dann kommende Woche ganz vergessen zu werden. Nun muss die Aufklärungsarbeit erst richtig beginnen. Die Opfer müssen gefunden werden, es muss geklärt werden, in welchem sexualisierten Politikumfeld diese Taten geschehen konnten. Was ist das für eine politische Bewegung gewesen, in der die Abneigung gegen Staat und Polizei schwerer Wog als das Leid zahlreicher Kinder? Da sind noch längst nicht alle Fragen beantwortet. Da muss auch die - an den damaligen Geschehnissen gänzlich unbeteiligte - Parteispitze das Gespräch mit Opfern und Beteiligten suchen. Und ja, da muss auch das Thema Entschädigungshilfen auf den Tisch.

Sie erinnern sich, als vor fünf Jahren die schrecklichen Missbrauchsfälle in der katholischen Kirche bekannt wurden? Das war Titelseiten-Thema für Wochen. Runde Tische wurden eingesetzt, Parlamente diskutierten über die Vorgänge, Papst Benedikt traf sich mit Missbrauchsoffern. Es wurde entschuldigt, es gab Telefon-Hotlines, bei denen sich Betroffene melden konnten, und es wurden in Deutschland und weltweit erhebliche Entschädigungszahlungen für erlittenes Unrecht ausgezahlt. Immer noch ein Tropfen auf den heißen Stein, könnte man sagen. Wahrscheinlich. Wie viel Geld kann die psychischen Schäden bei Missbrauchsoffern überhaupt wieder heilen? Niemand prügelte seinerzeit so massiv auf die Katholische Kirche als Gesamtheit ein, wie die Grünen.

Der Zölibat sei schuld, die Kirche müsse sich nun der modernen Zeit öffnen und dürfe kein abgeschotteter Männerclub mehr bleiben. Kaum ein Spitzengrüner, der seinerzeit nicht genau wusste, was die Kirche nun tun müsse. Die unnachahmliche Claudia Roth zeigte sich „erschrocken“ über die „Unfähigkeit der katholischen Kirche, mit dem Missbrauchsskandal angemessen umzugehen“. An ihren Taten sollt Ihr sie erkennen, und an ihren Worten sollt ihr sie messen. Liebe Grüne, nun zeigt der Republik, wie man einen solchen Skandal anständig und offen bewältigt!

Noch ein Nachtrag: Nach offiziellen Statistiken werden jedes Jahr in Deutschland rund 300.000 Kinder sexuell missbraucht. Man geht von einer hohen Dunkelziffer aus. Nur ein minimaler Teil der Fälle findet in und um Parteien, Kirchen oder Vereinen statt. In über 90 Prozent der Fälle stammen die Täter aus der eigenen Familie oder dem Verwandten- und Bekanntenkreis.